



Der Kreisausschuss

Rede zum Entwurf der Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2025

- *Es gilt das gesprochene Wort* -

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Kreisausschuss legt Ihnen heute den Entwurf der
Haushaltssatzung 2025 vor, den er in seiner letzten Sitzung am
2. Dezember 2024 beraten und festgestellt hat.

Bei der Haushaltseinbringung im vergangenen Jahr konnte ich
sagen *„Lächle und sei froh, es könnte schlimmer kommen – und ich
lächelte und war froh, und es kam schlimmer...“*.

Wenn Sie noch mehr Humor mitbringen, hätte ich den noch für Sie:
*„Immer wenn man denkt, schlimmer geht's nun wirklich nicht, steht
das Leben – oder die Bundespolitik oder die Landespolitik – da und
sagt: Wartet mal ab, ich hab da etwas für euch vorbereitet.“*

Und so muss ich Ihnen heute einen Haushaltsentwurf für das Jahr
2025 präsentieren, der einen Fehlbetrag im Ergebnishaushalt in
Höhe von rund 15,4 Mio Euro aufweist.

Damit starten wir im zweiten Jahr in Folge mit einer schweren
Hypothek in ein neues Haushaltsjahr. Erneut ein Jahr mit nur wenig
freiem Gestaltungsspielraum und auch in dieser Vorweihnachtszeit
sind es keine Zahlen, die zur Verteilung von Wohltätigkeiten
animieren.

...2

Dieses Schaubild (Präsentation, Seite 2) zeigt die Jahresergebnisse des Landkreises Gießen seit 2009.

In dem Schaubild erkennen Sie die sechs Jahre mit einem negativen Ergebnis und danach neun Jahre mit einem positiven Ergebnis. Das Jahr 2024 ist mit dem negativen Plansoll von 11,2 Mio. Euro und mit dem voraussichtlichem negativen Ergebnis zum Jahresende von annähernd 16,4 Mio. dargestellt.

Und dies setzt sich leider im nächsten Jahr auf dramatische Weise fort – dies nicht nur bei uns, sondern bei fast allen Landkreisen in Hessen.

Zur Einordnung:

- 18 von 21 Landkreisen erwarten nächstes Jahr ein Defizit.
- 13 Landkreise weisen einen noch höheren Fehlbetrag als wir auf.
- Wir reden von einem Gesamtdefizit in Hessen von 460 Mio Euro.

Der Landkreis Gießen steht mit dieser Situation also keineswegs allein da.

Wir erleben die Auswirkungen einer durch Bund und Land strukturell bewirkten Finanznot der kommunalen Familie. Doch darauf komme ich später noch zu sprechen.

Im vergangenen Jahr habe ich Ihnen sehr ausführlich erläutert, warum die Steigerung im Kommunalen Finanzausgleich relativ gering war – aber für 2025 wurde uns eine Steigerung von rund 15 % prognostiziert. Davon sind wir heute weit entfernt. (Präsentation, Seite 3). Auf Hessenebene stehen nach einer „Bereinigung“ durch Zensus und Steuermindereinnahmen gerade mal 2,8 % Steigerung.

Auf diesem Schaubild (Präsentation, Seite 4) sehen Sie die Entwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs seit 2010 mit teils kräftigen Steigerungen in früheren Jahren. Seit 2023 sind nur noch moderate Anstiege zu verzeichnen.

Wie sieht das aber bei uns hier im Landkreis aus? Dies erkennen Sie auf der folgenden Folie (Präsentation, Seite 5).

Durch 5 Mio. Euro höhere Schlüsselzuweisungen, durch die erhöhten Umlagegrundlagen und einer bereits im Vorjahr avisierten Erhöhung der Kreisumlage um 1,5 % Punkte sowie einer Erhöhung der Schulumlage um 0,7 % Punkte hätten wir einen deutlichen Ertragszuwachs.

Wohlgemerkt – wir hätten.

Denn dieser vermindert sich um eine erneut höhere Umlage an den Landeswohlfahrtsverband von fast 4,5 Mio. Euro auf zwar dann immer noch rund 17 Mio. Euro, aber es kommen ja noch viel höhere Aufwendungen hinzu.

Aufwendungen in Höhe von rund 545 Mio. Euro stehen nur Erträge in Höhe von 530 Mio. Euro gegenüber – ein Minus im ordentlichen Ergebnis von fast 15,4 Mio. Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Weg zu diesen Zahlen, die Aufstellung des Haushaltes gestaltete sich in diesem Jahr extrem schwierig.

Im ersten Step ein Minus von rund 11 Mio. Euro, dann die ersten Gerüchte über Kürzungen im KFA – für uns weitere ca. 5 Mio Euro.

Daraufhin im zweiten Step Kürzungen in vielen Bereichen in ungefähr gleicher Höhe. Dann die Horrormeldung der Versorgungskasse über eine erforderliche außerordentliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 11,8 Mio. Euro (Präsentation, Seite 6). Mit neuen Aussagen über die KFA-Höhe lagen wir zwischenzeitlich bei einem Defizit von über 26 Mio. Euro.

Dann endlich am 11. November kamen die lang ersehnten Orientierungsdaten, die nicht nur Licht in die tatsächlichen Zahlen der Schlüsselmassen und der Prognosen für die mittelfristige Finanzplanung brachte, sondern Kommunen auch Handlungsspielräume auf dem Weg zu einem genehmigungsfähigen Haushalt aufzeigte. Doch auch dazu später mehr.

Ich komme nun zur Gegenüberstellung unserer Erträge und unserer Aufwendungen.

Auf dieser Folie (Präsentation, Seite 7) sehen Sie die Erträge:

Rund 41 % unserer Erträge (ca. 218 Mio. Euro) erhalten wir durch die Kreis- und Schulumlage, nicht mal mehr 18 % betragen die Schlüsselzuweisungen (ca. 94 Mio. Euro), 12,5 % sind Erträge aus Transferleistungen, 11 % sonstige Zuweisungen und Zuschüsse und rund 10 % sind Kostenersatzleistungen und -erstattungen.

Bei den Aufwendungen sieht es folgenermaßen aus (Präsentation Seite 8):

43 % unserer Ausgaben (ca. 234 Mio. Euro) sind Transferaufwendungen. 14 % (ca. 78 Mio. Euro) zahlen wir für die Landeswohlfahrtsverband- und Krankenhausumlage.

Das heißt: Kreisumlage, Schulumlage und Schlüsselzuweisungen zusammen decken gerade diese beiden Aufwandspositionen.

Die Aufwendungen im Bereich der sozialen Sicherung steigen erneut stark an, wobei insbesondere die Bereiche der sozialen Leistungen sowie der Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe betroffen sind. Die Unterdeckung im Bereich der sozialen Leistungen steigt im Jahr 2025 um rund 6 Mio. Euro auf rund 90 Mio. Euro an. Im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe steigt die Unterdeckung im Jahr 2025 um 2,8 Mio. Euro auf 39,3 Mio. Euro. Für den Landkreis Gießen stellt es in diesem Zusammenhang eine enorme finanzielle Belastung dar, dass insbesondere bei den Leistungen nach dem SGB II und den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz keine vollständige Erstattung der Kosten durch Bund und Land erfolgt und somit die Unterdeckung im Kreishaushalt bei höheren Aufwendungen und gestiegenen Fallzahlen immer weiter anwächst.

Die Personalaufwendungen steigen um 5 Mio. Euro und der Anteil an den Gesamtaufwendungen liegt wie im Vorjahr bei 13 %.

Je 11 % unserer Aufwendungen sind Zuweisungen und Zuschüsse sowie Sach- und Dienstleistungen.

Lassen Sie mich kurz etwas zum Stellenplan sagen:

Auch den Stellenplan des Landkreises für das Jahr 2025 haben wir in den vergangenen Wochen mehrfach kritisch diskutiert und in Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation schmerzhaft Streichungen vorgenommen. Von über 75 angemeldeten Stellen wurden in den einzelnen Dezernaten zwischen 45 % und 62 % der Stellen gestrichen, so dass Sie jetzt nur noch über einen notwendigen Stellenzuwachs von 33 Stellen entscheiden müssen. Davon sind unterm Strich aber auch nur ca. 20 neue Stellen, die anderen betreffen Menschen, die bereits mit befristeten Verträgen bei uns tätig sind.

Wie in den Vorjahren ist auch wieder eine „globale Minderausgabe“ im Personalhaushalt enthalten. Hintergrund dafür sind relativ hohe Einsparungen in den letzten Rechnungsergebnissen aufgrund von nicht planbaren unterjährigen Stellenvakanzen. Diese globale Minderausgabe beträgt im kommenden Jahr aber zwei statt einer Mio. Euro, denn jetzt komme ich zu den Besonderheiten des diesjährigen Finanzplanungserlasses (Präsentation, Seite 9).

Ich zitiere aus dem Erlass:

„Für die Aufsichtsbehörden ist die Handlungsfähigkeit der Kommunen von zentraler Bedeutung. Genehmigte Haushalte sind dafür essentiell (...). Ermessens- und Handlungsspielräume werden die Aufsichtsbehörden flexibel nutzen, um im Einzelfall auch für unausgeglichene Haushalte eine Genehmigung herbeizuführen, damit die Kommunen handlungsfähig bleiben. Großzügigkeit wird insbesondere auch im Hinblick auf Fehlbeträge gewährt werden, die auf ein geringeres Anwachsen des Kommunalen Finanzausgleiches zurückzuführen sind. Folgende Maßnahmen erleichtern dabei die Genehmigungsfähigkeit: (...)

- Pauschale Kürzungen bei Aufwendungen und Auszahlungen schaffen mehr Flexibilität und Spielräume für Anpassungen im Haushaltsvollzug.

- Die Stundung der Hessenkassenbeiträge wird unbürokratisch gestaltet und schafft Entlastung.

- Der Verzicht auf Haushaltssicherungskonzepte verhindert bürokratischen Aufwand und Verzögerungen.“

Meine Damen und Herren,

das ist zwar schön, dass unser Haushalt damit besser aussehen kann und er dadurch vermutlich genehmigungsfähig wird, aber für mich ist dies nur Kosmetik, anstatt die strukturellen Probleme in der Finanzierung vor allem in sozialen Aufgaben anzugehen.

Ich habe es vorhin schon einmal genannt: Wir verzeichnen im Bereich der sozialen Sicherung und der Kinder- und Jugendhilfe einen Fehlbetrag von fast 130 Mio. Euro.

Unseren Städten und Gemeinden geht es mit der Finanzierung der Kindertagesbetreuung genauso. Jede Kommune im Landkreis Gießen weist in diesem Bereich zwischen 2 und 5 Mio. Euro Fehlbedarf auf.

Meine Damen und Herren,

ich spreche nicht von Aufwendungen, die allein im Ermessen über einen Gestaltungsspielraum als Teil der kommunalen Selbstverwaltung stehen. Denn einen solchen Gestaltungsspielraum gibt es schlicht nicht mehr.

Ich spreche von Aufgaben, die wir auf der kommunalen Ebene als letztes Glied der Kette aufgrund von Bundes- und Landesgesetzgebung übernehmen müssen und die nicht ausreichend finanziert sind.

Die Politik oberhalb unserer kommunalen Familie von Städten, Gemeinden und Landkreisen muss endlich aufwachen und eine grundlegende Reform der sozialen Finanzierung auf die Beine stellen. Wenn sich daran nicht schnell etwas ändert, fährt das bisherige System schon 2026 brutal gegen die Wand.

Bevor ich gleich zu unseren Investitionen komme, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch etwas zur Anhebung der Kreis- und Schulumlage sagen.

Auf dieser Folie (Präsentation, Seite 10) sehen Sie die Entwicklung der gesetzlich vorgegebenen „kostendeckenden“ Schulumlage.

Um die auch dort erhöhten Anforderungen bewältigen zu können, müssen wir – wie auch in diesem Jahr – auf den Sonderposten „Schulumlage“ zugreifen. Mit einer Entnahme von voraussichtlich 4,7 Mio. Euro wird sie Ende 2025 aufgebraucht sein. Trotz der Erhöhung der Schulumlage um 0,7 % Punkte bleibt eine Unterdeckung von rund 1,4 Mio. Euro. Dieser Betrag wird aufgrund unserer Erfahrungen der Vorjahre gerade noch genehmigungsfähig sein.

Auf dieser Folie (Präsentation, Seite 11) sehen Sie die von den Landkreisen bisher bekannten beabsichtigten Veränderungen der Hebesätze der Kreis- und Schulumlagen. Zehn Landkreise erhöhen noch stärker als wir; auch mit der Erhöhung von insgesamt 2,2 % liegen wir im Landesdurchschnitt. Mit einem Gesamthebesatz von dann künftig 54,4 % liegen wir genau im Durchschnitt auf Platz 10 der hessischen Landkreise.

Mir ist bewusst, dass die Anhebung der Umlage-Hebesätze eine erhebliche Belastung für die Städte und Gemeinden bedeutet, die sich in der selben prekären Situation wie der Landkreis befinden. Darüber gehen wir mit den Kommunen im Landkreis in den Dialog.

Dies kann aber nur unterstreichen, dass die kommunale Familie als Aufgabenträger vor Ort ein deutliches Signal an den Landes- und Bundesgesetzgeber schickt, um hier endlich eine Veränderung der Finanzierungsstruktur einzufordern.

Kommen wir nun zum Finanzhaushalt (Präsentation, Seite 12):

Im Finanzhaushalt ergibt sich unter Berücksichtigung der ordentlichen Tilgung in Höhe von ca. 11,8 Mio. Euro ein Fehlbedarf von 15,5 Mio. Euro.

Dieser Fehlbedarf kann im nächsten Jahr noch durch die ungebundene Liquidität aus den Vorjahren ausgeglichen werden.

Damit dies in den Folgejahren auch noch gelingt, haben wir auch im nächsten Jahr eine Ratenzahlungspause bei der Hessenkasse eingeplant.

Werfen wir nun noch einen Blick auf die Investitionen (Präsentation, Seite 13):

Auch im nächsten Jahr sind Investitionsauszahlungen in Höhe von ca. 35 Mio. Euro vorgesehen. Dies ist ein ähnliches Niveau wie in diesem Jahr. Viele Maßnahmen laufen noch, es stehen noch Restmittel aus Vorjahren zur Verfügung, es muss noch einiges abgearbeitet werden. Die größten Positionen (Präsentation, Seite 14) sind hier die Schulen mit einem Investitionsvolumen von ca. 28 Mio. Euro, darunter 4,6 Mio. Euro für Sporthallen. Im Bereich der IT investieren wir weitere 1,4 Mio. Euro und in die Sanierung der Kreisstraßen 2,4 Mio. Euro.

Auf den folgenden Folien sehen Sie einige der größten Positionen (Präsentation, Seite 15 bis 20):

- die Wiesengrundschule in Linden-Leihgestern,
- die Gesamtschule Clemens-Brentano-Europa-Schule in Lollar bzw. die Sanierung der Sporthalle,
- die Grundschule Pohlheim-Holzheim bzw. der Bau einer neuen Sporthalle mit Gymnastikraum sowie einer Mensa und Betreuungsräumen,
- die Sanierung des naturwissenschaftlichen Gebäudetrakts an der Gesamtschule Busecker Tal,
- die Erweiterung der Hofburgschule in Alten-Buseck
- und diverse Kreisstraßenmaßnahmen.

Die weitere Planung (Präsentation, Seite 21) erkennen Sie auf dieser Folie. In den Jahren 2026 und 2027 sollen die Investitionsbeiträge wieder nach oben gehen – dies führt natürlich auch wieder zu einer hohen Kreditaufnahme. Bis zum Jahr 2028 würde unsere Netto-Neuverschuldung um weitere 56 Mio. Euro steigen.

Dies ist schmerzlich und es bleibt zu hoffen, dass die Zinsen auf einem niedrigen Niveau bleiben.

Mit der jetzt letzten Folie (Präsentation, Seite 22) nehme ich Sie noch einmal mit in die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung:

In der oberen Tabelle erkennen Sie, dass wir auch in den nächsten Jahren nicht mit positiven Ergebnissen planen. Unsere Rücklagen sind nach diesem Plan im Jahr 2028 aufgebraucht. Natürlich ist dies alles sehr vage, aber diese Zahlen basieren auf den Orientierungsdaten und aktuell geplanten Erträgen und Aufwendungen. Überraschungen im Negativen wie auch im Positiven können dies natürlich jedes Jahr verändern.

Die Finanzplanung rutscht schon vorher ins Minus, wir hoffen, dass das Regierungspräsidium hier die zugesagte „Elastizität“ an den Tag legt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

am Ende meiner Ausführungen bedanke ich mich ganz herzlich beim Team des Fachdienstes Finanzen für die Aufstellung des Haushaltsplanes, stellvertretend bei Frau Weber und Herrn Graulich. Ich danke aber auch den Mitarbeitenden in den anderen Fachdiensten, die viele Zahlen geliefert und zusammengeführt haben. Mein Dank geht auch an den hauptamtlichen Kreisausschuss und die Fachdienstleitungen, die in mehreren Runden teils schmerzhaft Einschnitte in ihren Produkten vertreten mussten, um Ihnen diesen Haushalt vorlegen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen (Präsentation, Seite 23),

zum Schluss wünsche ich uns allen eine gute Beratung in den Ausschüssen und im Kreistag. Nehmen Sie die Ihnen obliegende Verantwortung zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger und unseres Landkreises wahr, beraten Sie das Ihnen vorliegende

Zahlenwerk konstruktiv und finden Sie für die notwendigen Entscheidungen zum Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit unseres Landkreises einen möglichst breiten Konsens.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Gießen, den 09.12.2024



Frank Ide
Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter
Kämmerer